

Alex Demirović
**Demokratie. Zwischen Krise, autoritärer Wende und
gesellschaftlicher Transformation**

Für die "Konferenz für praktische Kritik" wählen wir jedes Jahr Begriffe, die zwar zentral für die politische Auseinandersetzung sind, zugleich aber selten eingehend auf ihre wesentlichen Bedeutungen geprüft werden. Daher möchte ich auch ganz grundsätzlich beginnen. Was ist Demokratie? Woher kommt sie historisch? Welche verschiedenen Begriffe von Demokratie lassen sich ausmachen?

Demokratie ist ein Begriff, der auf die griechischen Stadtstaaten in der Antike zurückgeht. Es war eine Verfassungs- und Regierungsform, die im Unterschied zur Herrschaft einer Person (Monarchie) oder einer Gruppe von Menschen (Oligarchie: gemeint sind die Reichen und Besten) die Herrschaft aller freien Bürger ermöglichte. Damit konnten sich also auch die Handwerker, die Einfachen, die Armen an den gemeinsamen, die Stadt betreffenden Entscheidungen beteiligen. Ausgeschlossen waren wie heute diejenigen, die mit ihrer Arbeit zwar zum Gesellschaftlichen beitrugen, aber keine Bürgerrechte genossen. Von den prominenten Philosophen wie Platon und Aristoteles wird die Demokratie abgelehnt; und dies aufgrund von Erfahrungen, die wir heute ebenfalls machen: dass vor allem die einfachen Leute, die sich mit den politischen Geschäften nicht so richtig auskennen, benutzt werden von Reichen, die jene mit Demagogie und Geld zu gewinnen und zu instrumentalisieren versuchen. Die Selbstbestimmung und Gestaltungsfähigkeit der Unteren spielte keine Rolle. Dem Volk wurde misstraut – und dies gilt noch bis zu den frühbürgerlichen Denkern wie Rousseau oder den Liberalen bis ins 20. Jahrhundert. Sie

hielten Demokratie für unmöglich. Mit der Französischen Revolution und den Revolutionen im Laufe des 19. Jahrhunderts änderte sich das. Nun forderten die Menschen, dass sie an der Gestaltung des Gemeinwesens, also am Prozess der Gesetzgebung mit gleicher Stimme beteiligt sein konnten. Sie forderten aber noch mehr: damit sie in der Lage wären, ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen, forderten sie Bildung, die Möglichkeit der freien Meinungsbildung und schließlich auch die soziale Gleichheit, also Eigentumsverhältnisse, die den Reichen nicht erlaubte, die Willensbildung zu beherrschen, und den Einfachen die ökonomischen Mittel gab, sich aktiv an der Willensbildung und den Entscheidungen zu beteiligen. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass das Bürgertum lange Zeit zwar für den Rechtsstaat war, die demokratische Beteiligung der Menschen von unten an der Gesetzgebung aber behindert oder sogar bekämpft hat. So war das 19. Jahrhundert im Prinzip durch lange Restaurationsphasen geprägt. Erst nach dem Ersten Weltkrieg konnte aufgrund der Schwäche des Bürgertums das allgemeine und gleiche Wahlrecht in vielen OECD-Staaten durchgesetzt werden. Dies hat weitreichende historische Folgen. Denn von kurzen Unterbrechungen wie dem Nationalsozialismus einmal abgesehen, stellt sich heute das Bürgertum nicht mehr gegen die Demokratie, sondern nimmt sogar in Anspruch, die eigentliche demokratische Kraft zu sein: der Markt gilt als Grundlage der Freiheit, der Rechtsstaat, das Parlament, die Parteien und ihr Wettbewerb, die Wahlen von Repräsentant*innen gelten als privilegierte Orte der Demokratie.

Die politische Demokratie wurde und ist immer auch von Kritik begleitet, Vor allem dahingehend, dass sie ihrem Anspruch, also der Demokratisierung der Gesellschaft, nicht gerecht wird. Nicht zuletzt deswegen, weil zentrale gesellschaftliche Bereiche, wie die Ökonomie, davon gar nicht erfasst werden und diese Form der Demokratie in

Klassengesellschaften sehr schnell an ihre Grenzen stoßen muss. Wie demokratisch ist die Demokratie nun wirklich?

Ja, von der Seite der Linken wurde die repräsentative Demokratie in den vergangenen zweihundert Jahren vielfach kritisiert. Kritisiert wird die Konzeption der Repräsentation, die Unzulänglichkeit der Parteien als Organe der Willensbildung, der Mangel an politischer Bildung, die Vermachtung der Öffentlichkeit, die große politische Macht der Kapitaleigentümer, die mit ihrem Reichtum Verbände, Lobbyismus, politische Beratung, Wissenschaft und öffentliche Meinungsbildung maßgeblich und mitunter kontinuierlich bestimmen können. Wie Du zurecht sagst, ist der Hauptkritikpunkt die Trennung der Politik von der Ökonomie, die Tatsache also, dass der Bereich der Ökonomie der demokratischen Selbstbestimmung entzogen wird. Das bedeutet, dass die meisten Menschen nur alle vier oder fünf Jahre einmal beim Anlass von Wahlen sich an politischen Entscheidungen beteiligen; dass sie auch gar keine oder nur wenig Zeit für Politik haben, weil die Entscheidungen über das Allgemeinwohl nicht Bestandteil der alltäglichen Lebensorganisation ist, sondern an eine kleine Gruppe von Berufspolitikern abgetreten wird, die das Allgemeinwohl zur Angelegenheit ihres privaten beruflichen Erfolgs machen. Wenn nun die Ökonomie in grundsätzlicher Hinsicht den demokratischen Entscheidungen entzogen ist – die allenfalls auf bestimmte Rahmenbedingungen Einfluss nehmen können - dann widerspricht das in gewisser Weise dem Gedanken der demokratischen Selbstbestimmung durch das Parlament. Denn das Parlament soll ja das Volk in seiner Gesamtheit vertreten. Zumindest dem deutschen Verfassungsverständnis nach stellt das Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln ein demokratisches Grundrecht dar, wird also politisch vom Gemeinwesen gewährt. Es könnte also auch anders disponiert werden. Allerdings wird massiv Druck ausgeübt, dass es zu keinem politischen Willen kommt, der die ökonomischen Zwänge selbst zum Gegenstand freier Willensbildung

machen würde: entsprechende politische Strömungen werden bekämpft und gegebenenfalls unterdrückt und verboten; es wird behauptet, dass demokratische Entscheidungen der ökonomischen Wohlfahrt entgegenstehen würden, da die Ökonomie nur dann, wenn sie nach den Regeln des Marktes operiert, die Bedürfnisse der Menschen effizient befriedigen könnte. Dass dies nicht der Fall ist, erfahren wir ständig: Armut, Arbeitslosigkeit, Krisen, ökologische Folgen, falsch gerichtete Bedürfnisse und Produkte, Überversorgung hier – Unterversorgung dort. Vieles wurde schon ausprobiert: auf der einen Seite der liberale Markt mit vielen kleineren, patriarchal geführten Unternehmen, Monopole und Oligopole, die von wenigen Eigentümern und Managern in Verbindung von Banken gelenkt werden, schließlich transnationale Unternehmen und die Finanzindustrie; auf der anderen Seite der Staatssozialismus. Beide Modelle weisen jeweils kurzfristige Erfolge auf, doch in der Tendenz erweisen sie sich als zerstörerisch für die Ökonomie, die Umwelt, die Menschen. Die großen Probleme der Gesellschaften können sie nicht lösen. Immer wieder werden einige wenige privilegiert, über den Reichtum zu verfügen und die für alle verbindlichen Entscheidungen zu treffen. Es wäre an der Zeit, dass wir einmal wirklich demokratische Formen des Entscheidens ausprobieren, die auch die Ökonomie, die Arbeit, die technischen Entwicklungen, unsere Lebensweise selbst betreffen. Demokratie bliebe dann nicht an der Oberfläche, die subpolitische Stellmacht von Unternehmen, die über Arbeit, über Produkte, über großtechnische Entwicklungen entscheiden, würde beseitigt – weil darüber von uns allen entschieden würde.

Aktuell erleben wir viele Debatten über die Krise der Demokratie, über ein post-demokratisches Zeitalter oder über die Gefahr einer autoritären Wende. Diese Debatten, die heute angesichts des Aufstiegs offen antidemokratischer Kräfte geführt werden, sind eigentlich nicht

neu und gab es beispielsweise auch schon in den 1970er Jahren. Wie würdest du diese Debatten unserer Tage historisch einordnen? Ist dieser „Alarmismus“ gerechtfertigt?

Meine Überlegung ist, dass es nicht eine Entwicklung des Verfalls der Demokratie gibt, die dem Wesen des bürgerlichen Staates entspricht, der eigentlich autoritär und repressiv ist. Ich folge an diesem Punkt Marx, der zeigt, dass selbst dann, wenn die verschiedenen bürgerlichen Kräfte die parlamentarische Demokratie ablehnen – und die christlichen, die liberalen oder die autoritär-populistischen Kräfte sind ihren Grundüberzeugungen nach gegen Demokratie –, so doch zwangsläufig in der repräsentativen Demokratie die politische Form finden, die es ihnen ermöglicht, ihre verschiedenen Interessen und Orientierungen aufeinander abzustimmen. Ein Prozess, der durchaus mit vielen Reibungen und Konflikten einhergeht. In dieser politischen Form kommt es zyklisch mal mehr, mal weniger zu Beteiligung oder rigidem Ausschluss oder Kombination von beidem. Gerade habe wir es mit einem neuen Zyklus von antidemokratischen Ressentiments und entsprechenden politischen Entwicklungen zu tun. Das ist überraschend, weil ja nach der Wirtschaftskrise 2008 das Bürgertum demoralisiert war und eine riesige Welle demokratischer Bewegung sich Raum schuf. Allerdings hat die Linke diese Initiative zu mehr Demokratie sehr bald verloren, weil ihre Konzeptionen – wenn ich an Mouffe oder Rancière denke – nur das Bewegungsmoment für demokratisch halten, nicht jedoch die Bildung neuer Institutionen. Von solchen Zyklen zu sprechen dient nicht der Verharmlosung, sie stellt sich nicht dem ‚Alarmismus‘ entgegen. Denn die Sorge um die Demokratie und die Warnung vor ihrer Aushöhlung und Zerstörung sind berechtigt. Viele Menschen nehmen Schaden durch die Einschränkung oder nachteilige Veränderung von Rechten: durch Armut, Bildungsmangel, durch polizeiliche Übergriffe, durch Unrechtsurteile, durch die Ausblendung und Ausgrenzung von gesellschaftlichen Interessenlagen. Letztlich werden die großen

Probleme der Gesellschaft nicht oder unzulänglich diskutiert, die Entscheidungen für die Zukunft sind falsch.

Heute erleben wir auch, dass viele, die den bestehenden Formen der Demokratie überaus kritisch gegenüberstehen, diese angesichts der aktuellen Entwicklungen verteidigen. Ist das denn sinnvoll? Und wo würdest du Akteur*innen sehen, die nicht nur die „alte Demokratie“ verteidigen, sondern im Sinne einer radikaldemokratischen Transformation darüber hinaus zu gehen versuchen?

Entsprechend meiner Annahme, dass es sich um zyklische Prozesse handelt, ist es gegenwärtig nicht gut zu vermeiden, bestehende Institutionen und Rechte und damit verbundene zu verteidigen. Es handelt sich um sehr konkrete Kräfteverhältnisse: besteht ein Theater, eine Bibliothek fort; werden ein öffentliches Schwimmbad oder gemeinnützige Wohnungen privatisiert; werden die Renten oder das Arbeitslosengeld gekürzt; unterstützen Richter und Staatsanwälte die Bürger*innen in der Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte oder stellen sie sich auf die Seite eines repressiven Polizeiapparats und seiner Strategie, nur schon im Verdachtsfall Menschen zu inhaftieren, in Sicherheitsverwahrung zu nehmen, mit Polizeiwaffen schwer zu verletzen, das Demonstrationsrecht drastisch einzuschränken. Es gibt eine große Vielzahl von demokratischen Aktivitäten. Themen, Subjekte, Organisationen, Protestpraktiken verändern sich. Waren es vor Jahren die Initiativen für eine Finanztransaktionssteuer oder die Proteste gegen die Austeritätspolitik oder den Bau des Bahnhofs in Stuttgart, so sind es heute die Mieterinitiativen in London, Barcelona oder Berlin, die Frauen, die gegen sexistische Gewalt und Übergriffe oder das Recht auf Selbstbestimmung eintreten, die Schüler*innen, die für eine energische Klimapolitik gegen die Erderwärmung kämpfen. In allen diesen Fällen gibt es große Kontinuitäten; immer geht es mehr oder weniger ausdrücklich darum, dass Entscheidungen endlich einmal

anders ausfallen und dass die Entscheidungsprozesse selbst sich ändern. Das bedeutet ja nichts anderes, dass unsere Gesellschaften seit Jahrzehnten auf der Stelle treten, es also eigentlich keine wirklichen Fortschritte gibt. Nach all diesen vielen Erfahrungen mit den Aktivitäten zur Verteidigung oder zur Durchsetzung von mehr Demokratie – Aktivitäten, die so viel Lebenszeit kosten, stellt sich mir die Frage danach, wie all diese Proteste einmal weniger harmlos, wie sie einmal folgenreicher sein könnten, so dass tatsächlich die gesellschaftliche Entwicklung auf einen neuen, demokratischen, sozialen, ökologisch nachhaltigen Pfad umgesteuert werden könnte: nicht mehr durch die guten und einsichtigen politischer Führer, sondern von, durch und für uns alle.

Das Gespräch führte Leo Kühberger.